

MITTEILUNGEN UND RESOLUTIONEN

3. Ministerrat

26. Oktober 2021

1. Schreiben des Landeshauptmannes von Burgenland vom Oktober d.J., mit dem ein Beschluss vom 5. Oktober 2021 betreffend „Tiertransporte“ vorgelegt wird.
2. Schreiben des Landeshauptmannes von Kärnten vom 12. Oktober 2021, mit dem ein Beschluss vom 4. Oktober 2021 betreffend „ersatzlose Streichung des Pflegegeld-differenzruhens bei stationärer Pflege“ vorgelegt wird.
3. Schreiben des Landeshauptmannes von Kärnten vom 12. Oktober 2021, mit dem ein Beschluss vom 4. Oktober 2021 betreffend „gesicherte langfristige Festlegung für die Liste der förderbaren Ausbildungen gemäß § 34b Abs. 3 AMSG“ vorgelegt wird.
4. Schreiben des Landeshauptmannes von Kärnten vom 12. Oktober 2021, mit dem ein Beschluss vom 4. Oktober 2021 betreffend „SelbsterhalterInnenstipendium – Anhebung der Altershöchstgrenze“ vorgelegt wird.
5. Schreiben des Landeshauptmannes von Kärnten vom 12. Oktober 2021, mit dem ein Beschluss vom 4. Oktober 2021 betreffend „Covid-Bonus für besonders betroffene ArbeitnehmerInnen und PraktikantInnen“ vorgelegt wird.
6. Schreiben des Landeshauptmannes von Kärnten vom 12. Oktober 2021, mit dem ein Beschluss vom 4. Oktober 2021 betreffend „Asylstopp – kein neues Asylzentrum für minderjährige Fremde in Kärnten“ vorgelegt wird.
7. Schreiben der Verbindungsstelle der Bundesländer vom 11. Oktober 2021, mit dem ein Beschluss vom 8. Oktober 2021 betreffend „Personalmanagement-LandeslehrerInnen (PM-LL)“ vorgelegt wird.
8. Schreiben der Verbindungsstelle der Bundesländer vom 11. Oktober 2021, mit dem ein Beschluss vom 8. Oktober 2021 betreffend „tägliche Bewegungseinheit für Kinder und Jugendliche“ vorgelegt wird.
9. E 200-NR/XXVII.GP vom 12. Oktober 2021 betreffend „bedarfsgerechten Ausbau ganztägiger Schulformen zur Ermöglichung der Wahlfreiheit für Eltern“ (Wortlaut siehe Beilage).
10. E 203-NR/XXVII.GP vom 13. Oktober 2021 betreffend „umgehendes Verbot des Farbstoffs Titandioxid E 171 wegen Krebsgefahr“ (Wortlaut siehe Beilage).

11. E 204-NR/XXVII.GP vom 14. Oktober 2021 betreffend „Schutz von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen“ (Wortlaut siehe Beilage).
12. E 205-NR/XXVII.GP vom 14. Oktober 2021 betreffend „die aktuelle Situation in Afghanistan“ (Wortlaut siehe Beilage).
13. E 206-NR/XXVII.GP vom 14. Oktober 2021 betreffend „Aufbewahrung von Akten und Daten in den Ministerien“ (Wortlaut siehe Beilage).
14. E 207-NR/XXVII.GP vom 14. Oktober 2021 betreffend „Analyse der Schulabmeldungen im aktuellen Schuljahr“ (Wortlaut siehe Beilage).

EntschlieÙung

des Nationalrates vom 12. Oktober 2021

betreffend bedarfsgerechten Ausbau ganztägiger Schulformen zur Ermöglichung der Wahlfreiheit für Eltern

Die Bundesregierung, insbesondere der Bundesminister für Bildung, Wissenschaft und Forschung, wird ersucht, den im Regierungsprogramm 2020–2024 vorgesehenen bedarfsgerechten Ausbau ganztägiger Schulformen zur Ermöglichung der Wahlfreiheit für Eltern fortzusetzen und ein trag- wie zukunftsfähiges Modell zur Finanzierung der ganztägigen Schulformen auszuarbeiten sowie im Bereich der Elementaren Bildung im Rahmen der neuen 15a B-VG Vereinbarung in Zusammenarbeit mit Ländern die Verbesserung des Angebots an Plätzen und Öffnungszeiten, die frühe sprachliche Förderung sowie die Qualität voranzutreiben.

EntschlieÙung

des Nationalrates vom 13. Oktober 2021

betreffend umgehendes Verbot des Farbstoffs Titandioxid E 171 wegen Krebsgefahr

Die Bundesregierung, insbesondere der Bundesminister für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz wird aufgefordert,

1. ein Verbot der Verwendung von Titandioxid E 171 in Lebensmitteln in Österreich umzusetzen und
2. sich auf europäischer Ebene dafür einzusetzen, dass der von der EFSA wegen Krebsgefahr nicht mehr als sicher eingestufte Stoff Titandioxid E 171 EU-weit als Lebensmittelzusatzstoff verboten wird, sowie dafür, dass dieser Stoff für die Verwendung in Arzneimitteln, bei Kosmetika und in Tätowiermitteln einer Untersuchung zur gesundheitlichen Risikobewertung durch die EFSA unterzogen wird.

EntschlieÙung

des Nationalrates vom 14. Oktober 2021

betreffend Schutz von unbegleiteten minderjähriçen Flüchtlingen

Die Bundesregierung wird aufgefordert, den Schutz und die Rechtsstellung von geflüchteten Kindern noch weiter zu verbessern, indem sie eine schnelle Obsorge für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge (UMF) durch die Kinder- und Jugendhilfe sicherstellt. Weiters soll ein besonderes Augenmerk im Asylverfahren auf das Kindeswohl gelegt werden, indem ein umfassendes Schulungsangebot einerseits für verfahrensführende Referenten und andererseits für das Betreuungspersonal sichergestellt wird.

Entschließung

des Nationalrates vom 14. Oktober 2021

betreffend die aktuelle Situation in Afghanistan

Die Bundesregierung, insbesondere der Bundesminister für europäische und internationale Angelegenheiten, wird ersucht

- sich weiterhin für die Evakuierung der verbliebenen Österreicherinnen und Österreicher und afghanischen Staatsangehörigen mit gültigem Aufenthaltstitel in Österreich einzusetzen;
- gemeinsam mit den internationalen Partnern eine möglichst effiziente, bedarfsorientierte Verwendung der österreichischen Hilfsmittel sicherzustellen und sich für die Bereitstellung weiterer österreichischer Hilfsmittel einzusetzen;
- sich im Rahmen der Europäischen Union für eine konsequente Anwendung der auf EU-Ebene beschlossenen Konditionalitäten im operativen Umgang mit den Taliban einzusetzen;
- sich weiterhin im Rahmen der Europäischen Union, bilateral sowie in multilateralen Foren für Rechtsstaatlichkeit und die Achtung der Menschenrechte und ein selbstbestimmtes Leben in Afghanistan einzusetzen, insbesondere jener von Frauen, Mädchen, Minderheiten und anderen akut gefährdeten Personengruppen;
- sich für eine koordinierte, gemeinsame europäische Vorgehensweise und weiterhin enge Abstimmung mit internationalen Organisationen wie VN und OSZE einzusetzen;
- gemeinsam mit internationalen und europäischen Partnern einer möglichen Destabilisierung der Region durch Terrorismus, Drogenhandel, Menschenschmuggel und andere Formen von organisierter Kriminalität entgegenzuwirken.

EntschlieÙung

des Nationalrates vom 14. Oktober 2021

betreffend Aufbewahrung von Akten und Daten in den Ministerien

Die Bundesregierung wird aufgefordert, jedenfalls sicherzustellen, dass für die Wahrnehmung der parlamentarischen Kontrollrechte, wie insbesondere den zuletzt eingesetzten Untersuchungsausschuss, die notwendigen Akten- und Datenbestände, etwa in Sicherungskopien, aufbewahrt werden. Die im Bundeskanzleramt durch den Datenmigrationsprozess in das BRZ (derzeit im Abstimmungsprozess mit der PV) für 10. November 2021 vorgesehene automatisierte Löschung von bzw. Beschränkung des Zugriffs auf Inhalte, die älter als 365 Tage sind, soll ausgesetzt werden.

EntschlieÙung

des Nationalrates vom 14. Oktober 2021

betreffend Analyse der Schulabmeldungen im aktuellen Schuljahr

Die Bundesregierung, insbesondere der Bundesminister für Bildung, Wissenschaft und Forschung, wird ersucht, unter Wahrung der Anonymität für Schülerinnen und Schüler und deren Eltern durch eine Erhebung (Motivforschung) die verschiedenen Gründe und Ursachen, aufgrund derer bei Kindern und Jugendlichen die Anzeigen von häuslichem Unterricht im Schuljahr 2021/22 erfolgten, zu analysieren.